

GdP bei Ministerpräsident Albig

## **Themen: Belastung, Gewalt, Nachwuchsgewinnung, Erschwerniszulage**

**KIEL.** Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner hat heute (5. März 2014) seinen Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Albig absolviert. Themen des Gespräches waren die Belastung der Polizei, gerade auch im Hinblick auf den geplanten Stellenabbau und die strategische Lücke. Daneben wurde auch die hohe Rate der Gewalt gegen Polizeibeamte (in Schleswig-Holstein durchschnittlich drei Widerstände pro Tag) angesprochen wie auch die Notwendigkeit, in der Zukunft geeigneten Nachwuchs zu finden. Gesprochen wurde auch über die Erschwerniszulage, die seit 1995 nicht mehr erhöht wurde.

Manfred Börner, der von Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr begleitet wurde, sprach zunächst das Thema des **Stellenabbaus** an. Zu den geplanten 122 bis 2020 abzubauenen Stellen kämen noch die 160 unbesetzten Stellen aus der strategischen Lücke hinzu. Börner wies auf die Risiken, die mit dem Stellenabbau einhergehen, hin.

Albig kündigte an, das Thema **Erschwerniszulagenverordnung** demnächst mit Innenminister Andreas Breitner zu besprechen. Manfred Börner machte in dem Zusammenhang auch noch einmal auf den Zusatzurlaub und das bisherige System (Verfall des Urlaubsanspruches nach Jahresende) aufmerksam und forderte auch hier eine zeitgemäße Lösung,

Bis zum Jahre 2022 wird ein Viertel der Landespolizei in den Ruhestand treten. 2.222 **Nachwachskräfte** müssten gewonnen, eingestellt und ausgebildet werden. Der Ministerpräsident sah hier die Konkurrenz auf dem Markt der zurückgehenden Schülerzahlen, in dem sich Landespolizei, aber auch Landesverwaltung, bewähren müssen. Daher werde aktuell an einem Nachwuchskonzept für die gesamte Landesverwaltung gearbeitet. Die GdP-Vertreter machten deutlich, dass dazu auch akzeptable Rahmenbedingungen wie auch das zuvor angesprochene Thema der Erschwerniszulagen gehörten.

Börner dankte dem Ministerpräsidenten abschließend noch einmal für seinen persönlichen Einsatz zum Thema **Gewalt gegen Polizeibeamte**.

Der Landesvorstand